

B17

Titel Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!

AntragstellerInnen JSAG über Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!

- 1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass der Mindestlohn auf alle Arbeitsverhältnisse und insbesondere auf die
- 2 für diesen bisher nicht anspruchsberechtigten Personen, einschließlich Jugendlichen (nach Geltungsbereich
- 3 des JArbSchG) ausgeweitet wird. Der gesetzliche Mindestlohn soll auch für Arbeitnehmer*innen ab 13 Jahren
- 4 gelten. Ausbildungsverhältnisse sind davon nicht betroffen. Auch bei einer Erhöhung des gesetzlichen Min-
- 5 destlohns soll Jugendarbeit inbegriffen sein.

- 6 Mit der Einführung des Mindestlohns wurde die Lebenssituation von circa 3,5 Millionen Beschäftigten in
- 7 Deutschland verbessert. Über 2 Millionen Beschäftigte haben keinen Anspruch auf den Mindestlohn, viele
- 8 davon sind Jugendliche. Ihre Löhne bleiben unberührt, weil der Mindestlohn erst ab 18 Jahren greift. Die-
- 9 ser Totalausschluss von Jugendlichen ist in Europa einmalig. Da in den meisten Bereichen minderjährige und
- 10 volljährige Arbeitnehmer*innen vergleichbare oder gleiche Arbeit leisten, ist es nur gerecht, die Gehälter an-
- 11 zugleichen und Jugendliche gerecht zu entlohnen. Junge Arbeitnehmer*innen sind nicht weniger produktiv.
- 12 Arbeitgeber*innen erwarten von minderjährigen Arbeitskräften die gleiche Leistung wie von ihren volljährigen
- 13 Mitarbeiter*innen. Auch wenn Jugendliche während ihrer Schul- oder Ausbildungszeit arbeiten, muss dies mit
- 14 angemessener Bezahlung gewürdigt werden. Aktuell können Arbeitgeber*innen ihre Löhne beliebig wählen
- 15 ohne sich an einem gesetzlich festgelegten Wert orientieren zu müssen. In bestimmten Branchen werden Stel-
- 16 len nun vermehrt mit Jugendlichen oder Langzeitarbeitslosen besetzt, um den Mindestlohn zu umgehen. Diese
- 17 werden dann nach Ablauf der Frist ausgetauscht. Vergleiche aus anderen Ländern belegen diesen Effekt (z. B.
- 18 Einzelhandel in Dänemark). So entstehen ungerechte Verhältnisse, deren Auswirkungen schlechter bezahlte
- 19 Jugendliche täglich erfahren. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 schließt aus, dass bei
- 20 der Festlegung eines Beschäftigungsverhältnisses und dem damit verbundenen Entgelt zu Benachteiligungen
- 21 aus Gründen des Alters kommt.

- 22 Als SPD setzen haben wir den Mindestlohn errungen. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie
- 23 muss auch menschenwürdig sein. Das beinhaltet vor allem auch gerechte Bezahlung. Die Aufgabe sozialisti-
- 24 scher Politik muss es sein, das Gleichbehandlungsgesetz konsequent umzusetzen, sodass jeder Mensch, un-
- 25 abhängig seines Alters, eine faire Bezahlung erhält.

- 26 Gleiches Recht und gleiches Geld für gleiche Arbeit!